

Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss  
der 20. Wahlperiode

Ausschussdrucksache  
**20(27)107**

13.09.2022

**Dr. Markus Kaim – Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin**

**Öffentliche Anhörung des 1. Untersuchungsausschusses des  
Deutschen Bundestages der 20. Wahlperiode (Afghanistan)**

**am 22. September 2022 zum Thema**

**„Lage in Afghanistan zum Zeitpunkt des Doha-Abkommens“**

### **Schriftliche Stellungnahme**

**„Beurteilung der Sicherheitslage und militärischen Lage“**

**Wie stellten sich die politische Lage und die Sicherheitslage in Afghanistan insgesamt zum Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens am 29. Februar 2020 dar?**

Die Phase der afghanischen Politik bzw. der internationalen Politik in und gegenüber Afghanistan zum Jahreswechsel 2019/2020 war weniger durch fundamental neue Entwicklungen gekennzeichnet, sondern vielmehr dadurch, dass innenpolitische Entwicklungen in Afghanistan sich weitgehend unverändert fortgesetzt haben. Korrespondierend dazu hatte die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft erkennbar nachgelassen, der prekären Sicherheitslage und der polarisierten politischen Situation im Land durch ein intensiviertes Engagement oder eine (erneut) veränderte Strategie entgegenzutreten. Nicht nur die USA unter Präsident Trump, sondern auch viele andere westliche Regierungen hatten die Geduld mit und das Interesse an Afghanistan knapp zwanzig Jahre nach Beginn des Einsatzes weitgehend verloren.

Politisch stellte sich Afghanistan zu Beginn des Jahres 2020 weiterhin zerrissen dar, wobei die Kämpfe zwischen den aufständischen Taliban und der Regierung nur eine Dimension dieser Entwicklung gewesen sind.<sup>1</sup> Daneben belastete der umstrittene Ausgang der Präsidentschaftswahl vom

<sup>1</sup> Vgl. Dobbins, James: Peace Hasn't Broken Out in Afghanistan. Violence and Division Already Threaten the U.S.-Taliban Deal; Foreign Affairs Snapshot; 16.03.2020: <<https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2020-03-16/peace-hasnt-broken-out-afghanistan>>

28.09.2019 die politische Einheit des Landes und die Legitimität der Regierung. So gab die Unabhängige Wahlkommission erst am 18.02.2020 bekannt, dass Ashraf Ghani für eine zweite Amtszeit als Präsident mit 50,64 Prozent der Stimmen gewählt worden sei. Die Ergebnisse wurden vom Gegenkandidat Abdullah Abdullah als "illegal" zurückgewiesen und er kündigte Pläne für die Bildung einer alternativen Regierung an.

Die Sicherheitslage blieb zum Jahreswechsel weiter unbeständig: Zwischen dem 8. November 2019 und dem 6. Februar 2020 verzeichnete die *United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA)* knapp 5.000 sicherheitsrelevante Vorfälle (bewaffnete Zusammenstöße, improvisierte Sprengsätze, Selbstmordattentate, Luftangriffe u.a.) - eine ähnliche Anzahl wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die meisten Vorfälle ereigneten sich in der Südregion, gefolgt von der Nord- und der Ostregion, auf die zusammen 68 Prozent aller Vorfälle entfielen. Die Kämpfe flauten Ende 2019 und Anfang 2020 zwar etwas ab, was jedoch vor allem dem saisonalen Trend in den Wintermonaten entsprach. Ein landesweiter Rückgang der Gewalt setzte erst am 22. Februar als Ergebnis der Gespräche zwischen den USA und den Taliban ein.<sup>2</sup>

Die terroristische Bedrohung aus Afghanistan war zu diesem Zeitpunkt zwar etwas weniger akut als in den Jahren zuvor, aber nach wie vor ungebrochen, wobei der *Islamische Staat Khorasan (IS-K)* die aktivste Terrorgruppe im Land darstellte. Die US-Regierung schätzte im September 2019, dass zwischen 2.000 und 5.000 IS-K-Kämpfer in Afghanistan aktiv seien und die Gruppe über die Fähigkeit verfüge, Anschläge mit hohen Verlusten im Land zu verüben und westliche Interessen dort sowie in der Region anzugreifen. Zugleich betonte sie, dass die Beziehungen zwischen Al-Qaida und den Taliban weiterhin eng seien.

**Wie beurteilen Sie die bilateralen Friedensverhandlungen mit den USA und den Taliban unter Ausschluss der afghanischen Regierung? Wie bewerten Sie die im Rahmen der Verhandlungen erfolgte Freilassung 5.000 Gefangener, die die Taliban gefordert hatten?**

Will man die Wirkung des Doha-Abkommens auf die politische Lage bzw. die Sicherheitslage erfassen, muss man den Blick zuerst auf die amerikanische

<sup>2</sup> Für die Einschätzung der politischen Lage und der Sicherheitslage in Afghanistan sind die Quartalsberichte des UN-Generalsekretärs an den UN-Sicherheitsrat eine hervorragende Quelle; hier z. B. 17.03.2020: <[https://unama.unmissions.org/sites/default/files/sg\\_report\\_on\\_afghanistan\\_17\\_march\\_2020.pdf](https://unama.unmissions.org/sites/default/files/sg_report_on_afghanistan_17_march_2020.pdf)>



































